

LISA FEDERLE, BORIS PALMER

Wir machen das jetzt!



Lisa Federle  
Boris Palmer

**WIR  
MACHEN  
DAS JETZT!**

Über den Mut neue Wege zu gehen

QUADRIGA



NACHHALTIG  
PRODUZIERT

Die Bastei Lübbe AG verfolgt eine nachhaltige Buchproduktion. Wir verwenden Papiere aus nachhaltiger Forstwirtschaft und verzichten darauf, Bücher einzeln in Folie zu verpacken. Wir stellen unsere Bücher in Deutschland und Europa (EU) her und arbeiten mit den Druckereien kontinuierlich an einer positiven Ökobilanz.



Originalausgabe

Copyright © 2025 by  
Bastei Lübbe AG, Schanzenstraße 6–20, 51063 Köln, Deutschland

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich bitte an:  
produktsicherheit@bastei-luebbe.de

Vervielfältigungen dieses Werkes für das Text- und  
Data-Mining bleiben vorbehalten.

Textredaktion: Angela Kuepper  
Umschlaggestaltung: [N.N., Ort]  
Einband-/Umschlagmotiv: [N.N., Ort]  
Satz: hanseatenSatz-bremen, Bremen  
Gesetzt aus der Minion Pro  
Druck und Verarbeitung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany  
ISBN 978-3-86995-155-3

5 4 3 2 1

Sie finden uns im Internet unter [luebbe.de](http://luebbe.de)  
Bitte beachten Sie auch: [lesejury.de](http://lesejury.de)

((Widmung))  
FOLGT



# Inhalt

Vorwort: Wie steht es um uns?	9
Kapitel 1: Arbeit muss sich wieder lohnen	20
Kapitel 2: Wohnungsnot in deutschen Städten	37
Kapitel 3: Klimaschutz im Heizungskeller	52
Kapitel 4: Klimaschutz auf der Straße	64
Kapitel 5: Mit Steuern steuern	89
Kapitel 6: In Sicherheit leben	111
Kapitel 7: Auswege aus Absurdistan	141
Bürokratie im deutschen Gesundheitssystem: Ein Aufschrei aus der Praxis. Interview von Raimund Waible	169
Kapitel 8: Der Tübinger Weg durch die Corona-Pandemie	190
Nachwort: Agenda 2030	000
Literatur- und Quellenverzeichnis	000
Danksagung	000



# Vorwort

## Wie steht es um uns?

Unsere Welt scheint aus den Fugen zu geraten. Während Donald Trump und Elon Musk den Anschein erwecken, keine Grenzen und Regeln mehr zu kennen, führt Putin Krieg im Osten Europas, und China wird mehr und mehr zur Konkurrenz für die deutsche Industrie. Das schlägt vielen Menschen aufs Gemüt. In einer Umfrage des SPIEGELS sagten 77 Prozent der Befragten, Deutschland stehe jetzt schlechter da als vor einem Jahr, nur 12 Prozent fanden, dem Land gehe es besser. Der Zukunftsforscher Matthias Horx hat einen Begriff geprägt, der das erklären könnte. Er meint, dass wir in einer globalen »Omnikrise« stecken. Corona, Klimawandel, Migrationsströme, Krieg in Europa, Terror gegen Israel und der Krieg im Gazastreifen. Da kann man schon verzweifeln an der Welt.

Doch stimmt das auch? Der schwedische Arzt Hans Rosling beginnt sein im Jahr 2018 erschienenenes Buch *Factfulness*, das sogar eine Leseempfehlung von Barack Obama erhielt, mit einem Dutzend Testfragen zur Lage der Welt. Ich zitiere hier drei Beispiele jeweils mit Roslings Antwortoptionen:

1. Wie viele der Kinder im Alter von einem Jahr weltweit haben mindestens eine Impfung erhalten?  
A: 20 Prozent. B: 50 Prozent. C: 80 Prozent.

2. Welcher Anteil der Menschen weltweit hat Zugang zu Elektrizität?  
A: 20 Prozent. B: 50 Prozent. C: 80 Prozent.
3. Wie hoch ist die durchschnittliche Lebenserwartung weltweit?  
A: 50 Jahre. B: 60 Jahre. C: 70 Jahre.

Auf diese Weise fragt Rosling einige der wichtigsten Fakten zur globalen Entwicklung der Menschheit ab. Weil es sich um einen Multiple-Choice-Test handelt, würde man statistisch gesehen durch rein zufälliges Ankreuzen bereits ein Drittel der Fragen richtig beantworten. Tatsächlich ist der Anteil der korrekten Antworten, die Rosling über viele Jahre dokumentierte, aber deutlich geringer. Einige der Fragen konnte nicht einmal jeder Zehnte richtig beantworten. Und mit höherem Bildungsgrad der Befragten wurde das Ergebnis eher schlechter.

Warum ist das so? Weil wir ein negativ überformtes Bild der Wirklichkeit haben. Menschen, die in der westlichen Wohlstandswelt aufgewachsen sind, schätzen die Lage der Menschen in den für sie weithin unbekanntem ärmeren Teilen der Welt viel schlechter ein, als sie tatsächlich ist. Entsprechend halten sie häufig eine Antwortoption auf Roslings Fragen für richtig, die negativ von der tatsächlichen Lage abweicht. Roslings Erklärung für diese kollektive Wahrnehmungsverzerrung ist einleuchtend:

In den westlichen Gesellschaften herrscht ein grob falsches und viel zu negatives Bild vom Zustand der Erde, weil wir nicht wahrnehmen, wie groß die Fortschritte in den Entwicklungsländern sind. Um das Jahr 1970 war die Welt tatsächlich in Arm und Reich zweigeteilt, wie die meisten von uns das noch immer im Kopf haben. Seither wurden immense Erfolge bei der Bekämpfung von Kindersterblichkeit, Krieg und Hunger sowie dem Ausbau von Gesundheits- und Bildungssystemen erzielt. Wir haben davon kaum Notiz genommen, und die Fokussierung

von Nachrichten aus fernen Ländern auf Katastrophen, Kriege und Hungersnöte hat den falschen Eindruck noch verstärkt.

Wie haben Sie die drei Testfragen beantwortet? Richtig ist jeweils C. Auch wenn Sie es vielleicht kaum glauben können, sind 80 Prozent der Kleinkinder weltweit geimpft, 80 Prozent der Menschen haben Zugang zu Elektrizität, und der Abstand der globalen durchschnittlichen Lebenserwartung von der in Deutschland liegt nur noch bei zehn Jahren.

Ist also der ganze Pessimismus hierzulande völlig übertrieben, weil wir nur auf unsere Probleme blicken?

Hans Rosling starb kurz nach der Veröffentlichung seines Buches. Die von ihm aufbereiteten Datenreihen enden um das Jahr 2015. Ich habe daher den Versuch gemacht, einige seiner Zeitreihen durch Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen möglichst bis in die Gegenwart fortzusetzen:

- Die Zahl der Toten in kriegerischen Konflikten ist seit dem Zweiten Weltkrieg von Jahrzehnt zu Jahrzehnt kleiner geworden. Die Trendumkehr fand vor rund zehn Jahren mit dem Krieg in Syrien statt: In den Jahren 2022 und 2023 sind mehr Menschen in Kämpfen getötet worden als in jedem Jahr seit 1994, dem Jahr des Völkermords in Ruanda, der 800.000 Menschen das Leben kostete. Der Grund ist, Sie ahnen es richtig, der Krieg in der Ukraine und nun auch der Krieg zwischen Hamas und Israel.
- Von 1970 bis 2015 wurden große Fortschritte bei der Bekämpfung des Hungers erzielt. Der Anteil der unterernährten Menschen weltweit sank von 28 auf elf Prozent. Dann stagnierte die Entwicklung. Und in den letzten Jahren stieg die Zahl der hungernden Menschen weltweit von 572 auf 735 Millionen an. Die wichtigsten Ursachen sind der Krieg in der Ukraine und der daraus folgende Anstieg der Getreidepreise, aber auch die Maßnahmen zur Pandemieabwehr,

die Lieferketten und Märkte massiv beeinträchtigt haben. Die Ärmsten der Armen werden daran noch lange leiden. Das hatte ich übrigens im Jahr 2020 zu Beginn der Pandemie als Argument gegen allzu strikte Beschränkungen der Wirtschaft in die Debatte eingebracht und mir damit wenig Freunde gemacht. Der Hinweis, die Lockdownstrategie der entwickelten Länder könnte global betrachtet mehr schaden als nutzen, weil ein möglicher Gewinn weniger Lebensmonate hochaltriger Menschen mit dem Verlust vieler Lebensjahre junger Menschen in den ärmsten Ländern der Welt bezahlt werden müsse, wurde als moralisch unzulässig diskreditiert.

- Der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, sank seit 1970 von 50 auf acht Prozent im Jahr 2017. Erstmals in unserem Jahrhundert gab es seither wieder einen Anstieg auf nunmehr neun Prozent. Das sind 80 Millionen Menschen mehr, die unter der Schwelle eines Einkommens von zwei Dollar am Tag leben müssen. Der Grund für den Anstieg sind ebenfalls die Pandemiemaßnahmen und der Ukrainekrieg.

Für drei der wichtigsten Indikatoren, die Rosling zur Beschreibung der Lage der Welt benutzt, gilt also: Nach Jahrzehnten des Fortschritts haben wir eine fatale Trendumkehr erlebt. Der Menschheit geht es wieder schlechter. Das trifft auch auf weitere Zeitreihen zu. Die liberale Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform hat sich seit 1850 immer weiter ausgebreitet. Im Jahr 2000 war die Welt zur Hälfte in Demokratien und autoritäre Staatsformen aufgeteilt, doch seither ist sie wieder auf dem Rückzug, und eine Reihe von Staaten schränkt Bürgerrechte ein. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen weltweit ohnehin seit vielen Jahrzehnten. Aber der größte Ölproduzent der Welt, die USA, hatte seine Förderung von 1970 bis 2010 bereits halbiert. Dann kam

die Trendwende. Dank des Frackingverfahrens haben die Vereinigten Staaten in den letzten 13 Jahren die Ölproduktion fast wieder verdreifacht und im Jahr 2023 sogar einen Allzeit-Produktionsrekord erreicht.

Es verdichtet sich für mich eine überraschende Erkenntnis. Vor nur zehn Jahren war die Welt nachweisbar auf einem guten Weg. Die Indikatoren zur Entwicklung der menschlichen Lebensbedingungen zeigten alle in die richtige Richtung. Weniger Hunger, weniger Armut, weniger Krieg, mehr Bildung, mehr medizinische Versorgung, eine steigende Lebenserwartung. Heute müssen wir feststellen, dass der über fünf Jahrzehnte stabile globale Fortschritt zum Stillstand gekommen ist und die Welt teilweise sogar Rückschritte macht. Zur Erderwärmung und dem Artensterben kommt nun also auch noch eine globale Krise der menschlichen Lebensbedingungen hinzu. »Omnikrise« trifft das wohl doch ganz gut.

### **Lisa Federle**

Tatsächlich war es noch nie so schwierig und komplex wie jetzt, Politik zu machen. Europa vollführt einen merklichen Rechtsruck, die USA befinden sich aktuell in einem Zustand, der womöglich in einer Autokratie landen wird, China wird autoritär bis totalitär regiert und arbeitet sich stetig durch seine Exportstrategie zur Bedrohung unserer Märkte voran. Hinzu machen neue Technologien, allen voran die KI, die Welt immer schneller und komplexer. Und was Deutschland angeht, scheint sich unsere Gesellschaft weiter zu spalten, der Ton wird rauer. Deshalb ist es auch so kompliziert, die Vielfalt der Themen und Probleme allen Wählern zu erklären. Schlagworte und markige Sprüche sind leicht verständlich, prägen sich schnell ein und kommen bei einigen gut an. Doch damit lassen sich keine Konflikte lösen. Es fördert höchstens die Po-

larisation der Gesellschaft und erschwert die politische Arbeit. Gleichzeitig zwingen andere Positionen und Oppositionen zur Bewegung und Beschreitung von neuen Wegen. Ein »Weiter so« scheint zwar auf den ersten Blick bequemer, ist aber nicht länger verantwortbar.

Menschen, die zu mir in die Sprechstunde kommen, machen sich vermehrt Sorgen: um den Mangel an Pflegepersonal, wenn sie selbst krank werden oder Angehörige in die Pflege geben müssen, um ihren Arbeitsplatz, die Wohnungsnot, das Klima, um die Inflation und drohende Altersarmut. Alte und Hochbetagte fühlen sich durch die Technisierung abgehängt, Menschen, die mitten im Berufsleben stehen, geht die Digitalisierung viel zu langsam voran, und die jungen Menschen stehen durch hohen Medienkonsum unter dem Einfluss von Social Media, haben vermehrt mit Hassbotschaften und irrealen Körperbildern zu kämpfen.

Es ist nachvollziehbar, dass Menschen, die Angst um ihre Existenz haben und emotional oder wirtschaftlich in Not geraten, sich selbst ernannten Hoffnungsträgern zuwenden. Früher war ein solcher Hoffnungsträger für einen Teil der Menschen unter anderem die Kirche, gegenwärtig sind es zunehmend Extremisten und Populisten, die Ängste weiter schüren und sich gleichzeitig mit Lösungen anbieten, die keiner Realität standhalten. Eine Faktenanalyse findet beim Empfänger gar nicht erst statt, Behauptungen und Thesen werden uneingeschränkt übernommen. Immer wieder gerate ich in meinem Alltag an Menschen, die sich mehr und mehr einer illusionären radikalen politischen Gruppierung anschließen, an die sie sich innerlich klammern. Deswegen muss die Politik handeln und Taten folgen lassen, um das Ruder herumzureißen und nicht weiter in eine Abwärtsspirale zu geraten. Schöne Worte und nicht eingehaltene Wahlversprechen helfen an der Stelle nicht weiter. Die derzeitige Unzufriedenheit, auch bedingt durch zahlreiche

Zukunftsängste, löst sich nicht von selbst auf. Es erfordert Vertrauen, Zeit, Geld, aber auch konsequente Aufklärung, um die Menschen zurück ins Boot zu holen.

### **Boris Palmer**

Den Kopf ganz in den Sand stecken müssen wir allerdings nicht. Die negativen Trends dürfen den Blick für das Erreichte nicht verstellen. Da sind Roslings Aussagen weiterhin gültig. Auch wenn die Geißeln der Menschheit, nämlich Krieg, Seuchen und Hunger, wieder mehr Menschen treffen, lebt doch eine überwältigende Mehrheit in weitgehender Sicherheit vor diesen Plagen. Und einige Indikatoren zur Situation der Menschheit bleiben positiv. Rosling selbst hielt die Überlebensrate der Kinder bis zum Alter von fünf Jahren für einen der wichtigsten, weil er sehr viele Einflussfaktoren zusammenfasst. Von 1000 lebend geborenen Kindern starben im Jahr 2000 weltweit noch 76 vor dem fünften Geburtstag. Im Jahr 2015 war der Wert auf 43 gesunken, und dieser Trend hat sich fortgesetzt: 2021 berichtet die UN von 38 toten Kindern auf 1000 lebend Geborene. Immerhin eine weitere Verbesserung um zehn Prozent. Das mag sich wenig anhören, bedeutet aber, dass im Jahr 2021 550.000 Kinder weniger gestorben sind als noch 2015.

Ich finde es auch tröstlich, dass einige Rückschläge vor allem menschlicher Dummheit anzulasten sind. Wir wären weitaus besser durch die Pandemie gekommen, hätten wir uns nur ein wenig vorbereitet. Dass die Kontaktverfolgung händisch und per Fax erfolgen musste, ist schließlich nicht dem Virus anzulasten. Die Corona-Warn-App war ein Flop, weil die Technik viel zu spät entwickelt wurde und der Datenschutz sich gegen die Pandemie als vollkommen resistent erwies, da keine entsprechende Vorsorge in den Regelwerken getroffen wurde. Mit ein Grund dafür, dass der Umgang mit der Pandemie endlich aufgearbeitet wer-

den sollte, um aus den begangenen Fehlern zu lernen und zukünftig besser gerüstet zu sein.

Und die Kriege von Putin und der Hamas sind furchtbar, aber nicht Gottes Werk.

Ich bin überzeugt, dass die Medizin – und übrigens auch die Politik – den ganzen Menschen im Blick haben muss: seine gegenwärtigen Lebensumstände, seine Sorgen und Ängste, den Stress, dem er ausgesetzt ist, aber auch die persönliche Vergangenheit.

Mit Beginn des Ukrainekrieges wurde mir deutlich vor Augen geführt, wie viele ältere Menschen, die als Kinder noch den Zweiten Weltkrieg miterlebt hatten, plötzlich massiven Ängsten ausgesetzt waren und durch die geografische Nähe wie auch durch Russlands Angriffskrieg retraumatisiert wurden. Kriege haben weit mehr Opfer zur Folge, als auf den ersten Blick ersichtlich ist, Traumata setzen sich über Generationen fort. Und während die Politik Sanktionen gegen Russland erließ und dazu riet, sich buchstäblich wärmer anzuziehen, fühlten sich Millionen von älteren und alten Menschen in ihren steigenden Ängsten gefangen und allein gelassen.

»Omnikrisen« und gesellschaftliche Brüche in den letzten Jahren haben dazu beigetragen, dass die Zahl der Angsterkrankungen deutlich angestiegen ist. Fast jeder Zehnte ist davon betroffen, wobei Frauen deutlich häufiger daran erkranken als Männer.

Natürlich kann die Bundespolitik nicht jeden Einzelnen im Lande im Blick haben. Das schafft noch nicht mal die Lokalpolitik. Doch es ist wichtig, ein Bewusstsein für die seelischen Zustände der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln, aufzuklären, in die psychische Gesundheit zu investieren und, gerade solange keine zeitnahen Therapieplätze vorhanden sind, den Menschen die Werkzeuge an die Hand zu geben, um mit Krisen besser umzugehen. Die wichtigsten Säulen der Resilienz sind bekannter-

maßen Optimismus, Akzeptanz, Selbstwahrnehmung, Selbstregulierung, Lösungs-, Zukunfts- und Netzwerkorientierung. Sie alle können zumindest bis zu einem gewissen Grad erworben werden. Und manchmal hilft es eben auch, Grenzen zu ziehen und mal bewusst keine Nachrichten zu schauen.

Ein konstruktiver Umgang mit Sorgen und Angst ist auch aus dem Grunde wichtig, um Populisten nicht das Feld zu überlassen, die die Angst der Menschen für ihren Machtgewinn ausnutzen, Scheinlösungen darbieten und eine Spaltung der Gesellschaft vorantreiben.

Wenn die Menschheit es will, hat sie technisch alle Möglichkeiten, auf den Erfolgspfad der vergangenen fünf Jahrzehnte zurückzukehren.

Und tatsächlich gibt es auch erstaunlich positive Entwicklungen, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft machen. China hat im vergangenen Jahr die Installation neuer Solaranlagen auf den Wert von 240 GW gesteigert. Zum Vergleich: In Deutschland sind derzeit insgesamt 80 GW Photovoltaikanlagen in Betrieb. China hat also in nur einem Jahr dreimal mehr Solaranlagen errichtet als der frühere Solarweltmeister Deutschland in den letzten 30 Jahren zusammen. PV-Module aus China sind mit 19 Cent je Watt so billig wie nie zuvor. Vor einem Jahr musste man dafür noch 30 Cent bezahlen.

Was heißt das nun für die Lage in Deutschland? Wir können uns leider nicht mit dem Gedanken trösten, dass wir nur Probleme in einer Wohlstandsblase haben. Es spricht viel dafür, dass wirklich etwas in Schiefelage geraten ist auf der Welt. Und auch wenn wir weiterhin eines der reichsten Länder der Erde sind, so treffen die großen Krisen unser Land härter als andere entwickelte Nationen. Man könnte sagen, das »Geschäftsmodell Deutschland« ist entfallen.

Vereinfacht gesagt lieferten die Russen uns billige Energie, während die Amerikaner für unsere Sicherheit bezahlten und die Chinesen unsere Autos kauften. Diese Vereinbarung haben alle drei ziemlich gleichzeitig gekündigt. Russland liefert kein Gas mehr, die USA könnten die Finanzierung der Sicherheit Europas einstellen, und die Chinesen sind dabei, mit günstigen Elektrofahrzeugen den hiesigen Automarkt aufzurollen.

Diese äußeren Einflussfaktoren treffen mit Wucht auf ein Land, das seine eigenen Probleme lange unbeachtet ließ. Die Infrastruktur verfällt zusehends, was man leider an der Deutschen Bahn am besten sehen kann. Die Digitalisierung hat Deutschland verschlafen, im öffentlichen Dienst rangieren wir in dieser Hinsicht sogar ganz am Ende aller Industriestaaten. Das Bildungssystem erodiert, die Ergebnisse werden zunehmend schlechter. Die Bürokratie wuchert aus und bringt vieles zum Erliegen. Die Energiekosten überfordern wichtige Industriebranchen wie Stahl, Chemie, Textilveredelung und Grundstoffproduzenten. Die Demografie ist in Schiefelage, das Rentensystem fordert immer mehr Steuerzuschüsse, und überall mangelt es an jungen Fachkräften. Das Management der Migration funktioniert nicht.

Alles in allem dürfte die schlechte Stimmung im Land mit der Lage zusammenpassen. Was tun?

Wenn wir diese Themen nicht schnell, global und systematisch angehen, geht der unternehmerische Innovationsgeist in unserem Land völlig verloren, und unsere Abhängigkeit von anderen Ländern wird noch ausgeprägter. Aber wir schulden es auch den Generationen nach uns. Wir können ihnen kein politisches und wirtschaftliches Desaster hinterlassen, ganz zu schweigen von der Klimakrise sowie den bewaffneten und atomaren Bedrohungen, die in Europa herrschen. Auch wenn jungen Menschen die Tragweite vielleicht noch nicht in ihrem ganzen Ausmaß be-

wusst ist, so spüren sie die innenpolitischen Auseinandersetzungen und Konflikte deutlich und suchen für sich Auswege.

Mir scheint, das beste Rezept, die Zukunft zu gewinnen, ist ein Dreiklang aus ehrlicher Analyse, Klarheit in den Zielen und Hartnäckigkeit in der praktischen Umsetzung.

Die Grundlage politischen Handelns könnte man mit Roslings »Factfulness« beschreiben oder mit einem Satz von Kurt Schumacher: »Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.« Wir müssen ein möglichst realistisches Bild von der Ausgangslage gewinnen, um darauf aufbauend passende Lösungen zu entwickeln. Das gilt gewiss global, aber auch für unser Land.

Man darf sich aber nicht der Illusion hingeben, als könnte man die Wirklichkeit rein objektiv betrachten oder gar die Wahrheit für sich selbst pachten. Politisches Handeln braucht immer klare Überzeugungen und Ziele. Diese müssen transparent dargestellt werden und sich ständig in der Auseinandersetzung mit konkurrierenden Ideen und besseren Argumenten bewähren.

Wer beides hat, eine ehrliche Analyse und klare Ziele, braucht nach Max Weber noch die Geduld zum Bohren dicker Bretter. Die eigentliche Mühsal der Ebenen ist die praktische Umsetzung von Ideen. Menschen müssen überzeugt und im besten Fall begeistert werden, um gemeinsam an einem Ziel zu arbeiten. Und oft muss man auf dem Weg eine unbekannte Abzweigung nehmen, weil sich zeigt, dass die Hauptroute unbegehrbar ist. So manche Idee erweist sich in der Praxis als untauglich. Dann muss man einfach machen. Davon handelt dieses Buch.

# Kapitel 1

## Arbeit muss sich wieder lohnen

Arbeit kann sich in vielerlei Hinsicht lohnen. Als geistige wie auch körperliche Tätigkeit kann sie erfüllend sein, dem Leben Sinn geben und ein entsprechendes Selbstwertgefühl vermitteln. Zugleich ermöglicht Arbeit soziale Kontakte und einen Austausch außerhalb des Familien- und Freundeskreises. Einer der wichtigsten Aspekte von Arbeit ist sicherlich, die eigene Existenz und die der Familie durch ein geregeltes Einkommen zu sichern und für das Alter vorzusorgen.

### Arbeit vs. Bürgergeld

Der Apostel Paulus war streng mit seiner Gemeinde: »Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.« Auch wenn er damit Gläubige ansprach, die in Erwartung der nahen Ankunft des Messias die Arbeit sein lassen wollten, drückt sich in diesem Satz etwas aus, das noch immer die meisten Menschen in unserem Land teilen: Wer arbeiten kann, der soll das auch tun. Sich ganz auf die Gemeinschaft zu verlassen, wenn man sich selbst versorgen könnte, ist unsolidarisch.

Es kursiert auch eine falsch übersetzte Variante des Pauluszitats: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.« Wenn man

das wörtlich nimmt, müssten Kinder, Kranke und Alte verhungern. Heute sind wir uns nahezu alle einig, dass der Staat die schlimmsten Risiken des Lebens auffangen muss. Deshalb gibt es eine Krankenversicherung, eine Rentenversicherung, eine Arbeitslosenversicherung und eine Vielzahl von Sozialleistungen für Menschen in Not.

Trotz bester Absichten stößt das System aber mittlerweile an seine Grenzen. Der Verwaltungsaufwand sprengt das vernünftige Maß. Die Finanzierung wird zunehmend schwieriger. Und der Anreiz, zu arbeiten, geht zunehmend verloren. Das Bürgergeld, das einen hohen Anspruch an die Absicherung der Menschen formuliert, die keine anderen Einkünfte haben, wurde zuletzt so stark erhöht, dass sich Arbeit für die Bezieher dieser Leistung in vielen Konstellationen nicht mehr lohnt. Zwischen Dezember 2022 und Januar 2024 stieg der Regelsatz für einen Haushaltsvorstand von 449 auf 563 Euro. Das ist ein Plus von 24 Prozent. Wie soll man das Geringverdienern erklären, wenn der Mindestlohn im selben Zeitraum um lediglich vier Prozent erhöht wurde?

Der Staat übernimmt für Bürgergeldbezieher auch die Mietkosten und die Nebenkosten wie Heizung und Warmwasser. Zwar gibt es dafür Obergrenzen, aber in einer relativ teuren Stadt wie beispielsweise Tübingen kann eine Familie mit vier Kindern zusätzlich zu 1800 Euro Bürgergeld nochmals 1400 Euro für die Kosten der Unterkunft erhalten, zusammen also 3200 Euro. Ein Familienvater müsste brutto deutlich über 4000 Euro verdienen, um diesen Betrag für Miete und Lebenshaltungskosten zur Verfügung zu haben.

Zwar stimmt es, dass durch ergänzende Sozialleistungen auch für Arbeitnehmer am Ende in den meisten Fällen einige hundert Euro mehr bleiben als durch das Bürgergeld. Daraus aber herzuleiten, Arbeit lohne sich immer, geht an der Lebenswirklichkeit vorbei.

Von der eigenen Hände Arbeit Leben zu können, heißt für die meisten Menschen, zumindest nicht aufs Amt angewiesen zu sein, um wirklich etwas mehr in der Tasche zu haben als der Bürgergeldempfänger. Doch für drei- oder vierhundert Euro mehr im Geldbeutel einen ganzen Monat arbeiten, die Kosten für den Arbeitsweg zu tragen und die Kindergartengebühren selbst zu zahlen, ist in der Lebenswirklichkeit der meisten Arbeitnehmer nicht das, was man als lohnend bezeichnet.

Ein Gutachten mehrerer Forschungsinstitute für die Bundesregierung hat im Herbst 2023 belegt, dass sich Mehrarbeit in einem Korridor zwischen etwa 3500 und 5000 Euro Familienverdienst in vielen Fällen gar nicht mehr lohnt. Mehr Brutto bedeutet dann wegen Entzug von Transferleistungen und höheren Steuern und Abgaben am Monatsende keinerlei Zuwachs beim Netto. Das kann man arbeitenden Menschen nicht erklären.

Seit vielen Jahren arbeite ich als Notärztin und habe eine Praxis in Tübingen. Mit zu meiner Arbeit zählen Hausbesuche, bei denen ich immer wieder einen direkten und unverfälschten Einblick in das Leben der Menschen in unserem Land bekomme.

So etwa bei einem zwölfjährigen Jungen, dessen Vater den Notdienst verständigt hatte, weil sein Sohn hohes Fieber habe.

Die Wohnungstür war nur angelehnt, und als ich klingelte, kam niemand, um mir zu öffnen. Ich betrat die Wohnung mit den Worten: »Guten Tag, Entschuldigung, mein Läuten hat wohl niemand gehört.«

Im Wohnzimmer saß ein Mann in den Vierzigern, vor sich eine Flasche Bier, und schaute gebannt irgendeine Sendung auf einem Privatsender. Ohne mich auch nur eines Blickes zu würdigen, deutete er mit dem Finger aufs gegenüberliegende Zim-

mer und meinte halbherzig: »Mein Sohn ist sehr krank, schauen Sie nach ihm.«

Mein erneutes »Guten Tag« überhörte er geflissentlich und nahm stattdessen einen ordentlichen Schluck aus der Flasche. Da er nicht mein Patient war, beschäftigte ich mich nicht weiter mit ihm, sondern klopfte an der Tür, auf die der Mann gedeutet hatte. Es ertönte ein leises »Herein«. Vorsichtig drückte ich die Klinke hinunter, man kann ja nie so genau wissen, was einen erwartet, und ich bin einiges gewohnt. Im Zimmer lagen überall verstreut Kleidungsstücke und Schuhe – überwiegend Markenartikel, wie ich auf den ersten Blick erkennen konnte, da ich selbst vier Kinder habe und in der Vergangenheit einige Kämpfe diesbezüglich hatte ausfechten müssen.

Im Bett saß der angeblich schwer kranke Notfallpatient und tippte eifrig auf einem iPad herum. Kurz hob er den Kopf und begrüßte mich mit einem »Hi«, um sich unverzüglich wieder seiner elektronischen Gerätschaft zu widmen. Ganz der Vater, der Apfel fällt nicht weit vom Stamm, dachte ich und versuchte, mir meinen Unmut nicht anmerken zu lassen.

Nur mit Mühe gelang es mir, die Aufmerksamkeit des Jungen zu gewinnen.

»Bist du krank? Was hast du denn?«, fragte ich.

»Weiß nicht, Kopfweh oder so«, erwiderte er, ohne von seinem iPad aufzublicken. Aus dem Augenwinkel sah ich, dass er irgendein Computerspiel spielte. »Moment, bin gleich fertig«, brummte er.

Ich seufzte innerlich und hätte dem Bengel am liebsten das iPad aus der Hand genommen. So ein Flegel! Aber woher sollte er es auch gelernt haben, der Vater benahm sich ja um kein Haar anders. Zum Glück hatte das Schicksal ein Einsehen mit mir, und der Junge verzockte das Spiel innerhalb von wenigen Sekunden.

»So, jetzt ist aber Schluss!«, sagte ich schnell, bevor er die nächste Runde starten konnte. »Wie heißt du denn?«

»Jasin«, meinte er bloß.

»Und was hast du, Jasin? Tut dir etwas weh?«

»Nee, eigentlich nicht, nur ein bisschen Kopfweh, ja, und Fieber.«

Ich untersuchte ihn gründlich und reichte ihm ein Fieberthermometer.

»Muss das sein?«, fragte er genervt.

»Ja klar, ich muss ja herausfinden, was du hast.«

Jasin schüttelte unwillig den Kopf, gab dann aber nach.

Das Thermometer zeigte gerade mal 36,8 Grad.

»Fieber hast du jedenfalls nicht. Dein Hals, die Lunge und der Bauch sind auch unauffällig. Jetzt mal raus mit der Sprache! Was ist hier wirklich los, warum seid ihr nicht zum Kinderarzt gegangen, sondern habt den Notdienst geholt?«

»Macht Papa immer so. Morgens schläft er lange, Auto haben wir auch keins. Und es ist doch sowieso viel einfacher, wenn du zu uns kommst.«

Ich fand das alles andere als einfach, hatte aber keine Lust, den Sinn und die Aufgaben eines Notdienstes mit dem Jungen zu diskutieren.

»Mal ehrlich, was ist denn dein Problem?«, fragte ich ruhig und schaute ihm in die Augen. Ich spürte, wie das Misstrauen langsam von ihm abfiel. Eine ganze Weile musterte er mich schweigend. Seine Augen blitzten, schließlich siegte seine Wut.

»Mich kotzt die Schule an, ständig gibt es irgendwelchen Ärger!«, stieß er hervor. »Die Mädchen finden mich zu klein, obwohl ich echt cool bin und voll weiß, worauf es bei den steilen Zähnen ankommt. Trotzdem hat keine von denen Lust, mit mir abzuhängen.« Er zuckte die Schultern. »In Deutsch bin ich megaschlecht. Heute hätten wir eine Arbeit geschrieben. Also dachte ich, ich bleib einfach zu Hause, das merkt eh keiner. Mama ist arbeiten, und Papa ist es ziemlich egal, Hauptsache, es gibt keinen Ärger.« Er grinste frech und schob nach: »Den gibt's

ja auch nicht, wenn sogar die Notärztin kommen muss. Kannst gern öfters vorbeischaun.«

Einen Augenblick lang war ich sprachlos. Ein Zwölfjähriger und schon so durchtrieben! Andererseits tat er mir irgendwie leid, denn Schuld an der Situation waren die Umstände. Die Probleme in diesem Elternhaus konnte ich an dem Abend nicht lösen, da lag offensichtlich so einiges im Argen. Ein Junge in seinem Alter, der von Mädchen als »steilen Zähnen« sprach, war schon eher ungewöhnlich, aber dass er dann auch noch gezielt den Notdienst für das Schwänzen in der Schule einsetzte, fand ich mehr als ausgebufft. Anscheinend hatte auch der Vater kein Problem mit dieser Vorgehensweise, und so selbstverständlich, wie Jasin darüber sprach, war ich gewiss nicht die Erste, die hier ein Attest ausstellen sollte.

Ich nahm mir extra noch ein wenig Zeit, um Jasin klarzumachen, dass es so nicht ging. Tatsächlich wurde der Junge etwas zutraulicher und fing an, über sein Elternhaus zu reden. Mit zwei Jahren war er mit seinen Eltern von Kroatien nach Deutschland gekommen. Der Vater schlug sowohl seine Frau als auch Jasin gelegentlich. Meist saß er vor der Glotze, und wenn er betrunken war, kam er leicht in Rage und rastete wegen Kleinigkeiten aus. Er kümmerte sich wenig um Jasin und merkte nicht einmal, wenn der Junge nichts zu Mittag aß. Ein Jahr lang hatte Jasin regelmäßig Judo gemacht, um sich abzulenken; dort hatte er Anerkennung bekommen und es immerhin bis zum gelben Gürtel gebracht, wie er mir stolz erzählte. Die Mutter hatte ihm den Kurs heimlich von dem wenigen Geld bezahlt, das sie verdiente. Dann war der Vater dahintergekommen und drohte beiden Schläge an, sollten sie es wagen, noch einmal Geld für »solchen Unsinn« auszugeben. Seither blieb Jasin erneut häufig der Schule fern, und die Lehrer bestanden auf einem ärztlichen Attest. Die Problematik dahinter kannten sie nicht – was wohl auch kaum möglich war, da Jasin

eine Klasse mit 30 Schülern mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen besuchte.

Ohne Chancen auf Unterstützung, sei es im Bereich der Schule, der Bildung oder des Sports, und mit einem Vater, der seit Jahren wenn, dann nur schwarz arbeitete, inzwischen Bürgergeld bezog und seinem Sohn die falschen Werte vorlebte, hatte Jasin äußerst schlechte Voraussetzungen für sein zukünftiges Leben. Er wäre nicht der Einzige, der die Schule abbrechen, Gelegenheitsjobs übernehmen und irgendwann die Rechnung aufstellen würde, ob Bürgergeld denn nicht auch für ihn die bessere Option sei.

Jasins Beispiel zeigt auf, dass wir als Gesellschaft auch eine Verantwortung der Jugend gegenüber tragen, sonst haben Kinder wie er keine Chance. Deshalb muss gerade in Brennpunktschulen mehr investiert werden. Leider aber fehlt inzwischen den Kommunen das Geld, und die bisher geförderte Schulsozialarbeit wird deutlich gekürzt oder fällt komplett weg.

Jasin wuchs ohne Struktur und Ideale auf. Alles, was er von seinem Vater lernte, war, in den Tag hineinzuleben, den Staat zu benutzen und ziellos die Tage vor dem Fernseher zu verbringen. Durch eine geregelte Arbeit hätte Jasins Vater vielleicht auch eine Chance gehabt, für sich wieder Anerkennung und einen Sinn im Leben zu finden. Dazu hätte er aber erst mal erkennen müssen, dass sich Arbeit aus vielen Gründen lohnt. Bürgergeld allein war und ist in diesem konkreten Fall nicht die Lösung. Im Gegenteil – man könnte durchaus den Standpunkt vertreten, dass Jasins Lebensbedingungen sich auf diese vermeintlich bequeme Weise nur weiter verschlechterten.

Ich versprach Jasin, mir etwas einfallen zu lassen, aber es würde eine Zeit lang dauern, und er müsse sich gedulden. Man muss mehr für die Jugendlichen tun, und ich hatte bereits eine Idee.

Dieses Erlebnis war ein weiterer Punkt auf meiner Liste, den ich im Hinterkopf abspeicherte. Ein abschließendes Gespräch mit Jasins Vater bestätigte mir den Eindruck, den ich gewonnen hatte. Er hatte offensichtlich keinerlei Interesse, seinen Sohn zu fördern oder zu unterstützen, warum sollte er auch? »Der Junge kommt selber klar«, lautete sein Kommentar. Er selbst hatte kein gesteigertes Bedürfnis zu arbeiten, wie er mir mitteilte. »Mein Leben ist gut so. Wenn ich was brauche, arbeite ich nebenher, da habe ich mehr übrig, als wenn ich jeden Tag schufte.« Er zuckte die Schultern. »Man muss nur wissen, wie es geht.« Eine Haltung, die genauso auch bei deutschen Staatsbürgern vorkommt, wie ich immer wieder erlebe.

Als ich die Wohnung verließ, grinste Jasins Vater mich frech an und verabschiedete sich mit den Worten: »Man sieht sich.«

Ich wollte es nicht eskalieren lassen und murmelte nur: »Ich hoffe nicht.« Das Schicksal des Jungen ging mir nicht aus dem Kopf. Doch ich würde ihn bald wiedersehen, schneller als ich gedacht hatte.

Was den Kontext Arbeit vs. Bürgergeld angeht, wird mit dem Hinweis auf angeblichen Populismus oder Sozialneid gerne zu verhindern versucht, dass Leistungen für Geflüchtete diskutiert werden. Der direkte Zugang für ukrainische Flüchtlinge zum Bürgergeld kann aber hier nicht außen vor bleiben. Denn diese haben bei uns eine im europäischen Vergleich sehr niedrige Erwerbsquote von nur 20 Prozent, die in Ländern wie Dänemark oder Polen um fast das Vierfache übertroffen wird. Eine Ursache sind unsere weit überzogenen Anforderungen an den Zutritt zum Arbeitsmarkt. Wir verlangen sogar von Menschen, die ihren Beruf in ihrem Heimatland lange praktiziert haben, zum Beispiel als Arzt in der Ukraine oder Pflegekraft im Kosovo, langwierige Anerkennungsverfahren ihrer Qualifikation, Prüfungen, Kurse,

Sprachnachweise und Lehrgänge, weil nur deutsche Zertifikate hierzulande etwas gelten.

Unbestreitbar ist aber das extrem hohe Leistungsniveau des Bürgergelds für Menschen, die in Deutschland kein anzurechnendes Vermögen haben, ein großes Hindernis für die Arbeitsaufnahme.

Das ist nicht nur ein theoretisches Problem. Ein Hotelier aus dem Schwarzwald schrieb mir, dass eine ukrainische Geflüchtete bei ihm arbeiten wolle. Als sie sich aber ausrechnete, was nach Abzug der vom Betrieb bereitgestellten Kinderbetreuung und Wohnung für sie übrig bliebe, sagte sie mit der Begründung ab, im Bürgergeld habe sie ohne Arbeit mehr Geld. Die Rechnung erscheint dem Hotelier und mir plausibel. Die gute Absicht, den Geflüchteten aus der Ukraine im Gegensatz zu allen anderen Asylbewerbern unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt und Bürgergeld zu gewähren (sogenannter Rechtskreiswechsel), hat sich in der Praxis ins Gegenteil verkehrt.

Der Inhaber einer Tübinger Großbäckerei erzählte mir, dass er viele Sonntage selbst in der Spülküche stand, weil sich partout niemand finden wollte, der diese Stelle annehmen konnte. Da hier keine besonderen Qualifikationen vorausgesetzt werden müssen, ist es schwer einzusehen, warum kein Bürgergeldbezieher in der Lage sein sollte, diese Arbeit zu übernehmen.

Erstaunlich ist, dass eine solche Entwicklung mit einem sozialdemokratischen Kanzler möglich war. Immerhin hat die SPD eine Tradition von über hundert Jahren als Partei der Arbeitnehmer. Bedürftige nicht zu vergessen, Kranke und Schwache zu versorgen, das ist SPD, aber den Wert der Arbeit durch staatliche Transfers teilweise zu eliminieren, widerspricht dem, was Helmut Schmidt noch als SPD-Politik verstanden hätte, diametral.

## Ein gesicherter Lebensabend?

Häufig erlebe ich, dass gerade Kranke wie auch ältere Menschen an der Bürokratie und am System scheitern. Nicht jeder passt in das Raster der typischen Angestellten, die 35 und mehr Jahre in die Rente einbezahlen, um dann einen gesicherten Lebensabend zu genießen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Oft liegen sie in den Lebensumständen, der familiären Situation, aber auch in der Arbeit selbst begründet.

So auch bei Frau Paul, einer älteren Patientin, die ich in regelmäßigen Abständen nach meiner Sprechstunde besuchte. Sie fühlte sich nicht gut, und häufig war ich die Einzige, die sie über Tage hinweg zu Gesicht bekam. Sie war seit vielen Jahren Witwe und lebte in äußerst bescheidenen Verhältnissen. Beim Betreten der ärmlichen Wohnung war ich immer ein wenig beschämt. Sie bestand eigentlich nur aus einem Raum, der mit einer kleinen Küchenzeile und einem alten Sofa ausgestattet war. Im Eck stand ein Bett aus den Fünfzigerjahren, die Matratze noch dreiteilig, wie es früher üblich war. Ich wusste, dass Frau Paul ihr Leben lang gearbeitet hatte. Die längste Zeit hatte sie in verschiedenen Haushalten geputzt. Wie früher üblich, hatte Frau Paul keine feste Anstellung bekommen und zudem sehr wenig verdient. Natürlich hatte das Auswirkungen auf die Rente. Erst in ihren Vierzigern hatte sie eine feste Stelle als Reinemachefrau in einer Klinik bekommen, wie sie mir wiederholt stolz erzählte. Doch die kleine Rente reichte nicht, um gut über die Runden zu kommen. Sie musste extrem sparsam sein, und das zehrte an ihr. Ständig lauerte ihr die Angst im Nacken, dass etwas kaputtging oder sie nicht in der Lage wäre, die Nachzahlung von Wasser, Strom und Heizkosten zu entrichten. Die Forschung hat längst erkannt, dass Armut durch den begleitenden psychosozialen Stress krank macht. Laut Weltgesundheitsorganisation gelten Bluthochdruck und Ma-

gengeschwüre in dem entsprechenden Personenkreis als typische von Armut verursachte Krankheiten.

Offizielle Hilfe anzunehmen, lehnte Frau Paul kategorisch ab: »Ich habe mein Lebtag lang gearbeitet, habe mich nie krankschreiben lassen und werde niemals jemandem auf der Tasche liegen, egal, was passiert.« Ich hatte keinerlei Chance, ihr klarzumachen, dass es ihr gutes Recht war, Unterstützung zu bekommen.

Frau Paul ist nicht die einzige meiner Patientinnen und Patienten, die Pflichtgefühl oder auch Scham davon abhalten, Unterstützung vom Staat zu fordern. Häufig zahlen sie einen hohen Preis, was die eigene Gesundheit angeht – auch wenn sie im Stillen stolz darauf sind, alles selbst zu schaffen. Nicht wenige von ihnen suchen weit über das Renteneintrittsalter hinaus noch nach Arbeit, auch wenn die Kräfte gerade bei Jahrzehnte währenden, körperlich anstrengenden Tätigkeiten längst erschöpft sind. Wie unterschiedlich Menschen doch sein können!

Anders als die Neuerungen beim Bürgergeld entspricht die als »Respektrente« bezeichnete Rente mit 63 auf den ersten Blick dem Gedanken der Wertschätzung von Arbeit. Wer 45 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, darf zwei Jahre früher in Rente gehen. Und das ohne Abzüge. Auch das ist eine Idee, die zunächst gut und sozial klingt. Das wird jedoch bereits brüchig, wenn man schaut, wer von dieser Regelung in erster Linie profitiert: Es sind überwiegend männliche Facharbeiter, die eine überdurchschnittlich hohe Rente beziehen. Immerhin, der Bezug zur Arbeit ist da. Aber lohnend ist nur Arbeit, die schon geleistet wurde. Weiter zu arbeiten, wenn man ohne Abschläge in Rente gehen kann, lohnt sich aus Sicht vieler Arbeitnehmer nicht.

Das belegen die Zahlen eindrucksvoll. Seit Einführung der Rente mit 63 haben 2,5 Millionen Menschen dieses Angebot des

Staates angenommen, im Jahr 2023 fast 30 Prozent des Jahrgangs. Und die geburtenstärksten Jahrgänge kommen erst jetzt ins Rentenalter. Dann werden bei unveränderter Rechtslage jedes Jahr 250.000 Menschen zwei Jahre vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze ohne Abschläge in Rente gehen. Das ist nicht nur ein finanzielles Problem – der Steuerzahler muss der Rentenkasse jährlich neun Milliarden Euro überweisen, um die Mehrkosten auszugleichen. Es ist auch ein Problem für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Fachkräftemangel ist eines der größten Probleme des Standorts Deutschland geworden. Würde die Rente mit 63 wieder abgeschafft, also das Leistungsniveau der Rentenversicherung aus dem Jahr 2013 wiederhergestellt, so hätten wir bis Ende des Jahrzehnts fast eine halbe Millionen Fachkräfte durch längere Erwerbstätigkeit zusätzlich im Arbeitsmarkt.

Rente mit 63 und Bürgergeldreform verschärfen im Ergebnis den Mangel an Arbeitskräften. In der Summe nehmen allein diese beiden Instrumente des Sozialstaats rund eine Million Erwerbspersonen aus dem Wertschöpfungsprozess heraus. Ich glaube, es wird bislang stark unterschätzt, wie bedrohlich diese Entwicklungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind.

Wenn zunehmend mehr Menschen der Ansicht sind, es lebe sich auch ganz gut ohne Arbeit, dann entsteht bei denjenigen, die den Laden am Laufen halten, der Eindruck, das gehe auf ihre Kosten und ihre Knochen. Das kann eine Spirale losstreiten, die dazu führt, dass immer weniger Menschen bereit sind, notwendige Arbeiten zu übernehmen.

Der Streik der Lokführergewerkschaft GDL in den Jahren 2023 und 2024 wies deshalb über den Ärger mit der Bahn hinaus. Ohnehin kommt kaum noch ein Zug pünktlich an. Für Zugausfälle ist in letzter Zeit zunehmend häufiger ein Mangel an Personal der Grund. In Tübingen wurde eine Bahnstrecke über ein halbes Jahr um 20 Uhr geschlossen, weil das Stellwerk nicht mit Personal besetzt werden konnte. Fahrzeugmangel hat bei der

Bahn meist die Ursache, dass in den Werkstätten nicht genug Fachkräfte zur Verfügung stehen, um notwendige Wartungsarbeiten durchzuführen. Und im Sommer 2023 dünnte das Land Baden-Württemberg auf zahlreichen Strecken den Fahrplan aus, weil nicht genug Lokführer vorhanden waren, um die Züge zu fahren. Es fehlt also an allen Ecken und Enden Personal.

In einer solchen Situation nicht einfach nur zehn Prozent mehr Gehalt zu verlangen, was man wohl verstehen würde, sondern die Arbeitszeit zusätzlich um drei Stunden pro Woche um fast zehn Prozent kürzen zu wollen, also die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aus den 1980er-Jahren wieder zum Streikziel zu erheben, das lässt den rechnenden Betrachter nahezu mit offenem Mund am Bahnsteig stehen. Die Arbeit der Lokführer würde sich dann sicher lohnen, aber um welchen Preis? Massive Einschränkung des Bahnverkehrs, auch für Gütertransporte, wären die logische Folge. Denn es gibt keine ausgebildeten Lokführer, die man morgen einstellen könnte. Und bezahlt werden sollte die zusätzliche Alimentierung ausschließlich vom Steuerzahler, denn das System Bahn ist hoffnungslos defizitär und benötigt schon für den wenig befriedigenden Notbetrieb der Gegenwart Zuschüsse von 20 Milliarden Euro im Jahr.

Die GDL hat am Ende eines Arbeitskampfes mit dreistelligen Millionenschäden tatsächlich erreicht, dass ihre Mitglieder schon bald zwischen mehr Gehalt und bis zu drei Stunden weniger Arbeit wählen können. Hoffen wird, dass sich die meisten für den höheren Gehaltsscheck entscheiden. Dass die Bahn schnell genug Ersatz ausbilden kann, falls alle Lokführer sich für mehr Freizeit entscheiden, ist leider eher unwahrscheinlich. Ich bin daher der Meinung, es wäre besser, die Lokführer wieder zu verbeamten.

Dass nur 40.000 Gewerkschaftsmitglieder pro Tag 150 Millionen Euro Streikschaden verursachen können, gibt ihnen eine völlig unverhältnismäßige Macht über die Gesellschaft. Da wäre

es besser, Lokführern durch Verleihung des Beamtenstatus das Streikrecht zu entziehen und sie dafür angemessen zu alimentieren. Arbeiten müssten sie dann allerdings drei Stunden mehr. Für Beamte gilt zur Überraschung vieler immer noch die 41-Stunden-Woche.

## Struktur durch Arbeit

Ein weiterer wichtiger Punkt, den wir nicht außer Acht lassen sollten, ist die Tatsache, dass Arbeit dem Alltag wie auch dem Leben eine Struktur gibt. So schön es auch klingt, nicht arbeiten zu müssen und in den Tag hineinleben zu dürfen, zeigen unterschiedliche wissenschaftliche Studien zur Gesundheit, dass wir Menschen auf Dauer durch Routinen und strukturierte Tagesabläufe entspannter sind. Berufliche Verpflichtungen sorgen dafür, aus dem Bett zu kommen und seinen Verpflichtungen sowie einem Ziel nachzugehen. Menschen, die arbeitslos oder berentet wurden oder keiner Arbeit nachgehen können, fehlt die Aufgabe, die oft jahrzehntelang ihr Leben geprägt hat. Häufiger beobachte ich dies bei älteren Patientinnen und Patienten, die zudem zu vereinsamen drohen. Ohne Aufgabe und Ziele drohen sie ihren Lebenswillen und ihre Lebensfreude zu verlieren.

Eine meiner Patientinnen war Krankenschwester, die mit Herz und Seele in ihrem Beruf aufgegangen war. Dann bekam sie fünf Kinder und musste dadurch etliche Jahre pausieren. Als sie nach langer Zeit im Alter von 52 Jahren in die Klinik zurückkehrte, erwartete sie eine völlig neue Arbeitsweise. Für ihre Patientinnen und Patienten blieb ihr nicht mehr viel Zeit; stattdessen stellten Technik, Bürokratie und Digitalisierung für sie eine extreme Herausforderung dar, der sie sich nicht mehr gewachsen fühlte. Zehn Jahre lang versuchte sie durchzuhalten, wurde

aber immer ausgebrannt. Das schlechte Gewissen, ständig zu wenig Zeit für die Patienten zu haben, und der tägliche Kampf mit der überbordenden Bürokratie machten sie fertig, führten zu Fahrigkeit und lösten ein hohes Maß an Stress in ihr aus, der in aggressives Verhalten mündete. Die Erkenntnis, ihren Beruf nicht mehr adäquat ausüben zu können, führte bei ihr zu therapieresistenten Depressionen und schließlich zur Frühberentung.

Anfangs ging es ihr etwas besser, aber mit der Zeit kam sie morgens kaum noch aus dem Bett, und das Gefühl der Sinn- und Hoffnungslosigkeit ihres Lebens nahmen immer mehr zu. Als sie zu mir in die Praxis kam, vermittelte sie mir den Eindruck einer seelisch gebrochenen Frau, die mit sich und dem Leben haderte und völlig verzweifelt war. Nachdem wir etliche längere Gespräche geführt hatten, kam ich zu dem Schluss, dass es so nicht weitergehen konnte. Ihre Empathie für kranke Menschen kam immer wieder zum Vorschein, und es war ihr anzumerken, dass sie ihren Beruf trotz all der Herausforderungen und Enttäuschungen unendlich vermisste. Offensichtlich war ihr nicht damit geholfen, lediglich Antidepressiva einzunehmen. Also schlug ich ihr vor, zwei Tage nur stundenweise für einen Pflegedienst zu arbeiten.

Es gestaltete sich als äußerst schwierig, eine entsprechende Stelle für sie zu finden. Natürlich bringen flexible, individuell angepasste Arbeitszeiten organisatorische Herausforderungen mit sich, solange die Strukturen in der Arbeitswelt derart starr sind. Wenige Arbeitgeber sind bereit, solche Schritte zu gehen und dadurch eine Flexibilität bezüglich der Arbeitszeit zu ermöglichen. Auch hier muss die (Unternehmens-)Politik ansetzen, insbesondere in Branchen, in denen Arbeitskräftemangel herrscht.

Der seelische Zustand meiner Patienten jedenfalls verbesserte sich zusehends, sobald sie wieder arbeitete. Sie hatte plötzlich wieder eine Struktur in ihrem Tagesablauf und freute sich

richtig auf den Dienst. Bald darauf meldete sie sich zu einem Malkurs an, und seither geht es ihr deutlich besser.

Eine gewisse Regelmäßigkeit und das Gefühl, noch gebraucht zu werden und etwas Sinnvolles zu tun, sind im Leben immens wichtig. Und das gilt eben nicht nur für soziale Berufe.

## Fazit

Arbeit muss Anerkennung finden, Arbeit sollte Freude machen und nicht durch immer weitere Bürokratie und Vorschriften zum Frust führen.

Der Weg aus der Misere? Meiner praktischen Erfahrung nach muss es einen deutlichen Unterschied zwischen Mindestlohn und Bürgergeld geben, um einen Anreiz zum Arbeiten zu schaffen. Zugleich müssen Arbeitgeber lernen, wertschätzender mit ihren Angestellten umzugehen. Wiedereinsteigern, vor allem aber auch Familien mit Kindern sowie Alleinerziehenden müssen deutlich flexiblere Arbeitszeiten angeboten werden. Das bezieht auch ausreichende Unterbringungsmöglichkeiten für Klein- und Kindergartenkinder mit ein. Nicht selten werden die Öffnungszeiten eines Kindergartens wegen Personalmangel von einem Tag auf den anderen gekürzt, und wegen des Lehrermangels kommt es immer öfter zu Unterrichtsausfall. Arbeitende setzt das vor kaum lösbare Probleme. Eltern haben sowieso schon oft ein schlechtes Gewissen, wenn sie ihre Kinder organisieren müssen. Das ist meiner Meinung nach eine der größten politischen Aufgaben, die wir bewältigen müssen, da Kinder unsere Zukunft bedeuten. Wenn sie keine adäquaten Chancen haben, nicht entsprechend ihren Gaben gefördert werden, zu viel Zeit allein verbringen oder gar auf der Straße landen, ist das mit ein Versagen der Politik. Dass Arbeit sich wieder lohnen soll, setzt eben auch dort an, wo es unsere Kinder betrifft.

Sportliche Angebote, die auch Kindern aus einkommensschwachen Familien ohne großen bürokratischen Aufwand zur Verfügung stehen, tragen zur Sozialisation, zur Gesundheit und zur Tagesstruktur bei und fördern das Selbstbewusstsein bei jungen Menschen. In einem funktionierenden Bildungssystem für alle ziehen sie Bestätigung, Selbstbewusstsein und Sinnfindung aus der Schule und weiterführenden Angeboten im Bereich von Naturwissenschaften, Sprache und Kultur. Eine Investition, die sich auch in Bezug auf das spätere Arbeitsleben lohnt.

Die angemessene Verteilung und Wertschätzung von Arbeit geht weit über die wirtschaftliche Bedeutung hinaus. Hochkomplexe und arbeitsteilig organisierte Gesellschaften sind unabdingbar auf gemeinsame Ideen angewiesen. Der Kirchenbau im Mittelalter war Ausdruck eines nahezu von allen Menschen tief verinnerlichten Gedankens gesellschaftlicher Ordnung durch Gottesgnadentum der Herrschaft und dem universalen Heilsanspruch des Christentums. Oft über Jahrhunderte andauernde Bauarbeiten unter heute unvorstellbaren Bedingungen hätten sich ohne eine solche einigende Idee niemals durchhalten lassen.

Viele lange tradierte Ordnungsvorstellungen haben sich längst aufgelöst. Die Arbeitsgesellschaft, die niemanden im Stich lässt, aber allen, die dazu im Stande sind, auch einen Beitrag zur Wohlfahrt abverlangt, ist eine der wenigen Ideen, die sich ungeachtet möglicherweise nahender Umwälzungen durch KI noch erhalten hat. Diese Ordnung aufzugeben, birgt die Gefahr eines Fundamentbruchs, den man ohne Not nicht riskieren sollte. Der Sozialstaat benötigt eine Runderneuerung, die im besten Fall einen großen Abbau der Bürokratie durch Bündelung von Leistungen mit einem Bekenntnis zu der Devise »Arbeit muss sich lohnen« verbindet.

## Kapitel 2

### Wohnungsnot in deutschen Städten

Bezahlbares Wohnen stellt einen elementaren Bestandteil der Existenz dar. Und dennoch herrscht in deutschen Städten wachsende Wohnungsnot.

Die Gründe dafür sind ebenso bekannt wie zahlreich – von knappem Bauland über die wachsende Nachfrage aufgrund der Zuwanderung wie auch des demografischen Wandels bis hin zu gestiegenen Baukosten, komplizierten Baugenehmigungsverfahren und ähnlichen Fallstricken. Ein Problem, das nicht von selbst verschwindet, wie die Bürgerinnen und Bürger gerade in Zeiten der Inflation immer mehr spüren.

#### Wie kann die Wende im Wohnungsbau gelingen?

Im Jahr 2022 hat Baden-Württemberg 170.000 Menschen aufgenommen, die selbst keine Wohnung bezahlen können und einen Anspruch auf eine Unterkunft durch die Kommune haben. Die meisten von ihnen kamen aus der Ukraine. Wie groß diese Herausforderung ist, versteht man erst, wenn man eine zweite Zahl danebenstellt – im selben Jahr wuchs der Bestand an Sozialwohnungen in Baden-Württemberg um 736. Es ist eine unbequeme Wahrheit: Form und Tempo der Zuwanderung nach

Deutschland üben einen immensen Druck auf den Wohnungsmarkt aus.

Die Wirkungen dieses Nachfragedrucks auf die ansässige Wohnbevölkerung, darunter in den Städten oft mehr als ein Drittel selbst Menschen mit Migrationshintergrund, sind je nach Einkommen sehr unterschiedlich. Wer sich eine eigene Wohnung leisten konnte, hat vom Wertzuwachs der Immobilien der letzten 15 Jahre massiv profitiert. Hingegen müssen Mieter hinnehmen, dass die Wohnung einen immer größeren Teil ihres Arbeitslohns auffrisst, falls sie ein gutes Einkommen haben. Wer wenig verdient, ist einem harten Verdrängungskampf ausgeliefert. In besonders attraktiven und deshalb teuren Städten wie beispielsweise Tübingen müssen diese Menschen entweder den Konsum für andere Bedürfnisse drastisch einschränken oder die Stadt verlassen und in billigeren Orten in der Peripherie eine neue Bleibe suchen.

Der Anstieg der Immobilienpreise allein in meiner Dienstzeit als Tübinger Oberbürgermeister ist atemberaubend. Im Jahr 2007 waren Neubaupreise von 3000 Euro pro Quadratmeter noch machbar, nur die teuersten Wohnungen wurden über 4000 Euro pro Quadratmeter verkauft. Heute beginnen die Verkaufspreise bei 6000 Euro pro Quadratmeter und reichen über 8000 Euro hinaus. Eine Verdoppelung der Preise in nur 18 Jahren. Bei den Mieten ist der Anstieg nicht ganz so dramatisch, weil Bestandsgebäude und langfristige Mietverträge andere Verhältnisse bedeuten als Neubauten, aber auch hier ist eine Verteuerung von etwa 50 Prozent zu beklagen. Wohnen ist wieder zur sozialen Frage geworden, und hier sammelt sich gesellschaftlicher Sprengstoff an, den wir dringend entschärfen müssen.

Ich muss mir leider eingestehen, dass Tübingen in dieser Hinsicht zu den Städten zählt, in denen das Problem am größten ist. Dabei haben wir uns ganz besonders angestrengt, dem entgegenzuwirken. Ich wage sogar die Behauptung, dass keine andere Stadt in Deutschland so große Anstrengungen und vor

allem Innovationskraft im Städtebau gezeigt hat. Ein Verdienst einer hoch engagierten Stadtverwaltung, eines mutigen und sozial sensiblen Stadtrats und unseres Baubürgermeisters Cord Soehlke, dessen Renommee Tübingen auf vielen internationalen Konferenzen leuchten lässt.

Schon als frisch gewählter Oberbürgermeister führte ich 2007 eine strategische Weichenstellung für mehr Wohnungsbau in Tübingen herbei. Die Stadt hatte eine lange Phase der Stagnation hinter sich. Hauptursache waren die weit verbreitete grüne Wachstumskepsis und der Wunsch, Freiflächen von Bebauung freizuhalten. Ich hielt dem entgegen, dass die neuen Wohnungen gebraucht würden und eben im Speckgürtel von Tübingen entstünden, wenn sie in Tübingen nicht gebaut werden dürften. Und in der Stadt könne man im Gegensatz zum Umland vor allem Recyclingflächen nutzen.

Die Wende war erfolgreich. Seit 2007 sind in Tübingen mehr als 5000 neue Wohnungen entstanden, und die Einwohnerzahl ist um mehr als 10.000 gewachsen. Für eine Stadt mit heute 92.000 Einwohnern eine durchaus respektable Leistung. Auch die ökologischen Ziele haben wir dabei nicht aus dem Auge verloren. Die neuen Wohnungen und Arbeitsplätze sind zum allergrößten Teil im bestehenden Stadtgebiet und nicht in der Natur entstanden. Was vor 15 Jahren ein verrottender Güterbahnhof, ein still gelegter Textilhersteller oder ein Sperrgebiet war, ist heute gemischter, attraktiver Städtebau oder ein Technologiepark. Das Gewerbe ist insbesondere in die Höhe gewachsen und auf ehemaligen Parkplätzen entstanden. Neue Baugebiete gab es nur in vereinzelten Ausnahmefällen und kleinem Maßstab.

Ein relevanter Anteil der neuen Wohnungen ist preisgebunden oder öffentlich geförderter Wohnraum, im Volksmund also Sozialwohnungen. Tübingen hat pro Kopf über viele Jahre mehr Geld für Sozialwohnungen vom Land eingeworben als jede andere Kommune im Baden-Württemberg. Für Baugebiete, die

neues Planungsrecht erfordern, beschloss der Stadtrat das Programm »Fairer Wohnen«. Investoren werden verpflichtet, eine Preisbindung für 90 Prozent der Wohnungen zu akzeptieren. Teurer als der Mietspiegel zu vermieten, ist nur bei zehn Prozent zulässig, und 30 Prozent müssen Sozialwohnungen sein.

Auch für Geflüchtete hat Tübingen enorm investiert. In wenigen Jahren wurde Wohnraum für über 1000 Menschen mit öffentlicher Förderung errichtet. Zur Verbesserung der Integrationschancen sind die meisten Gebäude über die Stadt verteilt, und die Zahl der Geflüchteten pro Standort ist auf unter 100 limitiert. Als das Land Baden-Württemberg seinen Kommunen 2013 wieder gestattete, sogenannte Zweckentfremdungsverbote zu erlassen, hat Tübingen als eine der wenigen Städte im Land den Leerstand von Wohnungen untersagt und als einzige in Deutschland Baugebotsverfahren auf baureifen Grundstücken angestoßen. Im November 2024 beschloss der Gemeinderat, ab 1. Januar 2025 die Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke einzuführen. Von dieser neu geschaffenen Möglichkeit haben nur drei Gemeinden in Baden-Württemberg Gebrauch gemacht, Tübingen ist die größte und hat die größte Spreizung beschlossen: Hier ist die Steuer auf ein unbebautes Grundstück jetzt doppelt so hoch wie für bebaute Flächen. Damit haben wir einen starken Anreiz geschaffen, leer stehende, baureife Grundstücke zu nutzen und dadurch Steuern zu sparen.

## Ein bedrückendes Fazit

Warum hat es trotzdem nicht gereicht? Die Antwort ist wie oft im Leben nicht einfach, sondern komplex. Der Aspekt der ungeplanten Zuwanderung in historisch großen Dimensionen und die ungünstige Konzentration auf Menschen, die einen Anspruch auf eine öffentlich finanzierte Wohnung haben, ist bereits erwähnt.

In Tübingen ist aber auch Wirtschaftsmigration ein Problemverschärfer. Denn seit 2007 sind in Tübingen 15.000 neue Arbeitsplätze entstanden, also deutlich mehr, als Menschen in den neu gebauten Wohnungen unterkommen können. Die Stadt ist eine der sogenannten »Schwarmstädte«, in denen alle wohnen wollen, Arbeitnehmer, Rentner, Studierende, Familien. Einfach, weil es hier eine gute Infrastruktur gibt und die Lebensqualität so hoch ist. Auch Erfolg kann zum Problem werden.

In der Stadt zu wohnen, ist aber nicht nur attraktiv und bequem, sondern für viele Menschen ein Ding der Notwendigkeit. Seit 15 Jahren bin ich als Präsidentin im Deutschen Roten Kreuz (DRK) tätig und bekomme hautnah die Sorgen und Nöte von

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in sozialen Berufen mit. Diese haben, wie alle Menschen mit schlecht bezahlten Tätigkeiten, besonders unter der prekären Wohnsituation zu leiden. Viele der Angestellten beim DRK leben aktuell in einem Umkreis von bis zu 40 Kilometern, um sich eine Wohnung leisten zu können. Dadurch bleibt viel Zeit auf der Strecke, die im Alltag letzten Endes fehlt.

Oft muss ich mitansehen, wie Angestellte nach einer harten zwölfstündigen Nachtschicht völlig erschöpft ins Auto stiegen und noch eine Stunde auf der Straße verbringen, um ihren verdienten Schlaf zu bekommen. Einige von ihnen halten diese Situation auf Dauer nicht durch und erkranken, noch bevor sie ihre Rente in Anspruch nehmen können.

Gerade im Schichtdienst stellt ein weiter Nachhauseweg eine große Belastung dar – genauso wie bei Noteinsätzen, die oft weit über den offiziellen Dienstschluss hinausreichen. Nicht immer kann man auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen, sondern ist auf ein Auto angewiesen ist, was den Geldbeutel wie auch die Umwelt weiter belastet.

Ein Gleichgewicht zwischen Arbeit und Privatleben ist aufgrund der schwierigen Wohnsituation längst nicht mehr gegeben. Ein Mangel an Freizeit durch weite Arbeitswege kann jedoch immense Auswirkungen auf die Gesundheit wie auch das Familienleben haben. Die Menschen geraten in einen inneren Zwiespalt, ob der gewählte Beruf überhaupt noch ausreichend mit der Familie vereinbar ist. In Städten mit hochpreisigen Mieten müssen in der Regel beide Elternteile berufstätig sein, die Kinder sind die Leidtragenden. Da muss es nicht wundern, dass viele Menschen nach Jahren im Dauerstress eine Stelle mit besserem Gehalt und mehr Freizeit ihrem ursprünglichen Traumjob vorziehen.

Man könnte denken, dass mehr Neubau die Lösung wäre. Klingt einleuchtend, scheitert aber an den Preisen. Der Marktpreis für neuen Wohnraum in Städten liegt im Schnitt bei 7000 Euro pro Quadratmeter. Daraus errechnet sich bei üblichen Konditionen und mit den gestiegenen Zinsen eine Marktmiete von über 20 Euro pro Quadratmeter. Das ist für Durchschnittsverdiener nicht mehr bezahlbar. Damit die Miete tragbar wird, ist eine Förderung im Gegenwert von 1500 Euro pro Quadratmeter notwendig. Um den dringenden Bedarf zu decken, müsste Tübingen pro Jahr mindestens 1000 Sozialwohnungen bauen und dafür Steuermittel von 100 Millionen Euro einsetzen. Zum Vergleich: Für ganz Baden-Württemberg stehen Fördermittel von 500 Millionen Euro pro Jahr bereit, und diese sind regelmäßig ausgebucht. Da stimmen also die Größenordnungen nicht.

Nach der reinen Lehre der Marktwirtschaft könnte man auch darauf setzen, dass eine Großsiedlung am Stadtrand die Preise drückt. Selbst wenn man das planungsrechtlich und politisch schnell umsetzen könnte – was nicht der Fall ist, das dauert ein Jahrzehnt –, würde der erhoffte Effekt nicht eintreten. Denn die

hohen Neubaukosten ergeben sich aus den stark gestiegenen Baupreisen. Diese würden bei so massiver lokaler Nachfrage eher in die Höhe klettern. Arbeitskräfte am Bau, Energie und Material werden nicht billiger. Und die Planungskosten steigen wegen immer weiter wachsender Anforderungen und Vorschriften. Im Ergebnis ist Neubau ohne Förderung immer deutlich teurer als der Schnitt der Bestandswohnungen, die größtenteils zu einem Bruchteil der heutigen Kosten errichtet wurden. Ein neues Angebot, das teurer ist als der Bestand, kann aber die Preise nicht senken.

Es ist ein bedrückendes Fazit: Im bestehenden Rahmen gibt es keine Lösung für das Wohnungsproblem. Im Gegenteil. Es wird sich weiter verschärfen. Denn die Bundesregierung ist zwar mit dem Ziel angetreten, den Wohnungsbau anzukurbeln und jährlich 400.000 neue Wohnungen in Deutschland zu bauen. Tatsächlich ist der Wohnungsbau aber vor allem wegen des Anstiegs der Finanzierungskosten dramatisch eingebrochen. Im Jahr 2024 wurden weniger als 240.000 Wohnungen fertiggestellt. Und 2025 wird nicht besser, weil die Zahl der Baugenehmigungen rückläufig ist. Gleichzeitig bleibt die Zuwanderung auf hohem Niveau, trotz eines Rückgangs lag die Zahl der Asylersanträge 2024 bei 230.000. Das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Auch Studierende haben häufig das Problem, bezahlbare Wohnungen zu finden. Nicht alle von ihnen haben die Option, zu Hause wohnen zu bleiben, sei es, weil sie auf dem Land leben, einen Studienplatz in einer anderen Stadt bekommen, aber auch, weil Distanz zum Elternhaus in nicht wenigen Fällen wichtig sein kann.

Ein Beispiel aus meiner Praxis hat mich lange Zeit beschäftigt. Für Marie, eine Abiturientin, die an Anorexie litt und häufig

zu mir in die Sprechstunde kam, wäre es aus medizinischer und psychotherapeutischer Sicht dringend nötig gewesen, das familiäre Umfeld zu verlassen. Die junge Frau hatte ein sehr zwiespältiges Verhältnis zu ihrer Mutter. Diese klammerte sich stark an die Tochter und setzte sie ständig unter Druck. Darum wollte Marie zum Studium die Stadt wechseln und hatte schon Pläne gemacht, aus denen sie Mut schöpfte. Aber die finanziellen Umstände ließen das aufgrund der katastrophalen Wohnsituation nicht zu. Marie war durch ihre Erkrankung schwächlich und nicht sehr belastbar, darum hätte es sie überfordert, neben dem Studium noch arbeiten zu müssen. Für die Mutter kam ein Umzug der Tochter nicht infrage, sie sah Marie als zartes Kind, das dringend ihre stetige Unterstützung und Kontrolle brauchte; daher weigerte sie sich, ihre Tochter finanziell zu unterstützen.

Immer wieder machte ich mir Gedanken, wie man den beiden helfen könnte. Doch bevor ich zu einer Lösung kam, ging es Marie zunehmend schlechter, und sie musste in stationäre Therapie. Vielleicht hätte ein Ortswechsel das verhindern können, zumindest wäre er eine Chance gewesen. Stattdessen endete Maries Traum von der Eigenständigkeit und Genesung in Resignation. Noch heute lebt sie zu Hause und hat ihr Studium niemals aufgenommen.

Marie ist nur ein Einzelbeispiel – eines der menschlichen Schicksale, die an der Wohnungsnot zerbrechen. Zu ihnen gehören auch all die Menschen, die Gewalt- und Missbrauchserfahrungen im häuslichen Umfeld erleiden und gezwungen sind, in ihrer Wohnsituation zu verharren, da es auch für sie keine Ausweichmöglichkeiten gibt.

## Wege aus der Wohnungskrise

Was ist die Antwort? Hände in den Schoß legen? Auf den Markt vertrauen? Hoffen, dass es schon nicht so schlimm wird? Es gibt viele lobenswerte kleine Ansätze. Genossenschaftswohnen. Mietersyndikate. Mietpreisbremse. Aktivierung von Baulücken. Das Errichten von Wohnungen über Discountern und Einkaufszentren. Betriebswohnungen. Wohnraum und neue Wohnkonzepte für alte Menschen, die dann große Häuser für Familien frei machen können. Vereinfachungen im Planungsrecht. Das ist gut und richtig. Aber absehbar ist nichts davon in der Dimension geeignet, das Problem zu lösen. Was wir bräuchten, wäre Wohnungsbau wie in den 1990er-Jahren. Nach der Wende wurden damals im Schnitt mehrere Jahre 500.000 neue Wohnungen gebaut, in der Spitze sogar 600.000. Und ein Großteil dieser Wohnungen müsste öffentlich gefördert oder am besten gleich in kommunaler Hand sein.

Was war in Deutschland vor 30 Jahren anders? Warum ist zu jener Zeit gelungen, was heute unmöglich scheint? Damals gab es Massenarbeitslosigkeit. Arbeiter für den Bau konnten leicht rekrutiert werden. Und mit den Sonderabschreibungen Ost wurden zwar im Ergebnis auch Investitionsruinen geschaffen, aber die Subventionen waren so üppig, dass Bauen für Kapitalanleger fast zwingend erschien. Mit anderen Worten: Es gab genug Geld und genug Arbeitskräfte. Was den Faktor Zeit angeht, existierte nicht einmal ein Viertel der Vorschriften von heute. Und das ist zwar nur eine grobe Schätzung, aber kein Witz.

Was damals möglich war, sollte auch heute möglich sein. Die notwendige Reserve an jungen Männern, die keine Beschäftigung haben, gibt es unter den Asylbewerbern. Wir müssten nur mit den bürokratischen Anforderungen an den Zugang zum Arbeitsmarkt runter und hoch mit den wirtschaftlichen Anreizen zur Arbeitsaufnahme. Auch gezielte Einwanderung in die Bau-

wirtschaft wäre machbar, wenn man vom Deutschdiplom als Voraussetzung absehen würde. Die ausländischen Subunternehmen auf dem Bau schaffen das ja auch, selbst wenn die Qualität dann nicht 100 Prozent aller Erwartungen erfüllt. Aktuell sind die Kapazitäten des Bauhandwerks gar nicht mehr das Problem. Die waren zwar bis zum Ausbruch des Ukrainekriegs voll ausgelastet, aber mittlerweile sind die Auftragsbücher vieler Firmen leer, und es ist zu befürchten, dass Arbeitsplätze und Unternehmen in der Branche verloren gehen.

Die größte Einschränkung ist nun die Finanzierung. Ich bin der Meinung, dass der Wohnungsbau nicht besser dasteht als die Bundeswehr. Wenn es möglich war, ein Sondervermögen von hundert Milliarden Euro für die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit zu schaffen, dann sollte dasselbe auch für den sozialen Wohnungsbau gelten. Deutschland hatte 1980 noch vier Millionen Sozialwohnungen. Davon ist nur noch eine Million übrig. Der Rest ist aus der Sozialbindung gefallen, und durch mehrfachen Weiterverkauf wurden große Vermögen für Immobilienanleger geschaffen, die von den Mietern durch stetige Verteuerung bezahlt werden müssen. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum bezahlbarer Wohnraum für viele Menschen heute nicht mehr zur Verfügung steht. Mit einem Sondervermögen des Bundes von hundert Milliarden Euro könnte eine Million neuer Sozialwohnungen gebaut werden. Bis Ende des Jahrzehnts könnte damit das besonders sensible Segment des bezahlbaren Wohnens wieder auf die Beine kommen.

Natürlich sollten auch im freien Markt wieder mehr Wohnungen entstehen, und diese sollten günstiger werden. Zumindest nicht mehr so viel teurer wie in den letzten Jahren. Der Gesetzgeber könnte auch hier Einfluss nehmen. Besonders groß ist der Bedarf an kleineren Wohnungen mit 40 bis 70 Quadratmetern, denn in den Städten sind heute bereits die Hälfte aller Einwohner Einpersonenhaushalte. Im Zuge der Automobilisierung wurde in

den Landesbauordnungen überall ein sogenannter Stellplatzschlüssel eingeführt. In der Regel wird für jede Wohnung ein Stellplatz für Autos verlangt. Unterschreiten durfte man diesen Wert meist nicht, aber viele Gemeinden haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, noch mehr zu verlangen. Zwei Autostellplätze pro Wohnung sind keine Seltenheit. Wenn man aber kostengünstig bauen will, dann nutzt man das Grundstück aus und baut in die Höhe. Parkplätze müssen dann in eine Tiefgarage gepackt werden, und dort kostet ein Stellplatz heute 50.000 Euro oder mehr. Für eine Wohnung mit 40 Quadratmetern Größe stellen die Kosten des Parkplatzes schon 20 Prozent der Gesamtkosten der Wohnung dar. Das sieht man nur meistens nicht, weil die Bauträger den Preis im Wohnungspreis verstecken. Wir sind in Tübingen dazu übergegangen, auf die Forderung zur Errichtung von Stellplätzen weitgehend zu verzichten. Hier könnten die Länder aber noch viel weiter gehen. Am besten wäre es, die gesetzliche Forderung zum Bau von Parkplätzen einfach zu streichen.

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Auch überzogene Anforderungen an den Brandschutz oder Erdbebennormen, die sehr teuer sind, aber praktisch keinen Sicherheitsgewinn mehr bringen, könnte man guten Gewissens auf ein Niveau zurückschrauben, mit dem die meisten europäischen Länder oder die USA immer noch gut leben.

Fehlt noch der Faktor Zeit. Da hilft nur radikaler Rückschnitt der Gesetze und Vorgaben. Ich habe dazu in Kapitel 7 über »Auswege aus Absurdistan« einiges dazu geschrieben. Hier gibt es auch ganz konkrete Fortschritte ganz in meinem Sinne. Der Bund hat einen neuen Paragraphen im Baugesetzbuch vorgeschlagen, der es den Kommunen erlauben soll, den Neubau von Wohnungen im bestehenden Siedlungsgebiet ohne langwieriges Bebauungsplanverfahren durch Beschluss des Gemeinderates zu bewilligen. Faktisch ist das eine Art Legalplanung wie beim Bau der LNG-Terminals der Küste. Weil die endlosen bürokratischen

Planungsverfahren zu nicht mehr akzeptablen Planungszeiten führen, ist das die einzige Chance, die uns noch bleibt. Auf das Augenmaß der gewählten Gemeinderäte und Stadtverwaltungen unter Leitung ihrer Oberbürgermeister darf man dabei getrost vertrauen. Leider ist die Ampelregierung jedoch zerbrochen, bevor sie diese Reform beschließen konnte. Hoffen wir, dass die neue Bundesregierung das Verfahren zu Ende bringt.

Wenn es dann noch gelingt, die Zuwanderung in den geförderten Wohnungsmarkt so weit zu begrenzen, dass der Neubau von Sozialwohnungen wirklich denjenigen zugutekommt, die bereits dringend nach einer bezahlbaren Wohnung suchen, könnte auch dieses scheinbar unlösbare Problem durchaus noch gelöst werden. Es braucht dafür einen wirklich großen Wurf. Mit einem Förderprogramm hier und einer Sonntagsrede dort wird es nicht gelingen.

## **Ein Blick über den Zaun zu unseren Nachbarn**

Vielleicht könnte sich die Politik, was Wohnen betrifft, ja einiges in Wien anschauen. Die Mieten betragen dort teilweise halb so viel wie in deutschen Großstädten. Ein Grund dafür ist der vorbildliche kommunale Wohnungsbau. Der Stadt Wien gehören rund 220.000 Gemeindewohnungen, die auf städtischer Ebene verwaltet, vermietet und instand gehalten werden. Hinzu kommen rund 200.000 Genossenschaftswohnungen, die mit Fördergeldern der Stadt errichtet wurden. Damit steht bezahlbarer Wohnraum für mindestens 600.000 Menschen zur Verfügung. Um eine Ghettobildung und das Entstehen von sozialen Brennpunkten zu verhindern, werden Neubauten von Sozialwohnungen auf das gesamte Stadtgebiet verteilt. Gewinne fließen in den kommunalen Wohnungsbau zurück, was dessen Entwicklung zugutekommt.

Während in Deutschland Sozialwohnungen nach Ablauf der Bindungsfrist immer häufiger in die Hände privater Investoren übergehen, weigerten sich die Verantwortlichen in Wien bislang, sich dem freien Markt zu öffnen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Tradition fortgeführt wird.

Ein weiteres sinnvolles Modell ist das Projekt Wohnen mit Hilfe. Es gibt immer mehr einsame ältere Menschen, die auf nach dem Tod des Ehegatten oder der Ehegattin und dem Auszug der Kinder allein in einer Großen Wohnung oder einem Haus leben und ganz auf sich gestellt sind. Um die Eigenständigkeit möglichst lange zu erhalten, bietet es sich an, jemanden zu suchen, meist Studenten, die beispielsweise einkaufen gehen, im Garten oder Haushalt helfen und dafür kostenfrei unterkommen. In einigen Universitätsstädten funktioniert dieses Modell zum beiderseitigen Nutzen.

Natürlich muss es eine Anlaufstelle geben, die das koordiniert und begleitet, denn einfach ist solch ein Zusammenleben nicht immer, und die Konditionen müssen klar geregelt sein.

## **Letzte Station – die Straße**

Was aber, wenn Wohnraum gar nicht mehr bezahlt werden kann?

Viel zu oft habe ich als Ärztin erlebt, wie Zwangsräumungen durchgeführt wurden, und mitansehen müssen, wie die Betroffenen in eine Abwärtsspirale gerieten.

Im Tübinger Männerwohnheim, in dem Frauen und Männer unterkommen können, die unter sozialer Ausgrenzung und Obdachlosigkeit leiden, bieten wir eine regelmäßige Sprechstunde für Obdachlose an. Immer wieder habe ich dort von den verborgenen Schicksalen der Menschen erfahren. So etwa von Johan-

nes, der Sohn eines Arztes, dessen Mutter die Familie früh verlassen hatte. Johannes war wegen der langen Arbeitszeiten des Vaters häufig sich selbst überlassen. Als dieser plötzlich verstarb, wurde der Junge bei einer Tante untergebracht. Nur mit Mühe schaffte er seinen Hauptschulabschluss und begann, in einer Fabrik zu arbeiten. Mit 18 Jahren lernte er ein junges Mädchen kennen; sie wurde bald schwanger, und die beiden zogen zusammen. Acht Jahre ging das Ganze gut, dann trennte sich seine Freundin von ihm und verschwand mitsamt dem Kind nach Italien. Johannes' Trauma aus der Jugend schien sich zu wiederholen. In seiner Einsamkeit begann er zu trinken, verlor erst seinen Arbeitsplatz, dann die Wohnung und lebte fortan viele Jahre auf der Straße. Immer wieder bewarb er sich um eine Stelle, aber ohne festen Wohnsitz bekam er keine Arbeit. Nach Jahren fand er dann eine Unterkunft, aber für eine Eingliederung in das geregelte Arbeitsleben war es zu spät. Der Alkohol und die Lebensumstände hatten ihn gezeichnet.

Während ich mit ihm sprach, fragte ich mich unweigerlich, ob es nicht anders gekommen wäre, wenn er in jüngeren Jahren eine Chance auf eine geeignete Wohnung und damit auf einen Arbeitsplatz gehabt hätte.

Auch sein Schicksal führte dazu, dass wir in Tübingen über Jahre hinweg wöchentlich kostenlose Sprechstunden für Nichtversicherte und Obdachlose mit der mobilen Arztpraxis abhielten, die wir schon vor Pandemiezeiten etabliert hatten. Die Sprechzeiten im Männerwohnheim hatten wir von einem Arztheppaar übernommen, das diese bereits Jahre zuvor eingeführt hatte. Zusätzlich führten wir aber auch noch eine ehrenamtliche wöchentliche Sprechstunde an einem anderen Standort ein, um allen Obdachlosen und Nichtversicherten kostenlose medizinische Versorgung zu ermöglichen.

Nicht jeder Mensch hat die Chance und die Kraft, im Leben einen guten Weg für sich zu finden. Häufig sind die Ursachen

in der Kindheit oder als Folge von Schicksalsschlägen zu finden. Trennungen, Sorgerechtsstreits, Verluste und die wachsende Einsamkeit können aufgrund fehlender menschlicher Ressourcen kaum mehr bewältigt werden. Wer seine Sorgen und den seelischen Schmerz mit Alkohol, Medikamenten oder Drogen längerfristig zu betäuben versucht, gerät in Gefahr, die Arbeit zu verlieren. Es drohen wachsende finanzielle Probleme, der Verlust der Wohnung und als letzte Station die Straße.

Meine Erfahrung zeigt mir, dass das Schicksal nahezu jeden von uns treffen kann. Nichts ist im Leben wirklich sicher, wie allein schon die wachsende Zahl von Naturkatastrophen uns in den vergangenen Jahren aufgezeigt hat. Wer auf eine geborgene Kindheit zurückblicken kann, ein soziales Netz hat, das ihn auf fängt, Rücklagen, ein Zuhause, und dazu entsprechend resilient ist, kann sich glücklich schätzen. Doch für all die Menschen, auf die dies nicht zutrifft, müssen wir uns als Staat verantwortlich sehen, auch in Zeiten, in denen gespart werden muss.

Bezahlbarem Wohnraum kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Denn Obdachlosigkeit ist nicht nur eine immense Belastung für die physische wie auch die psychische Gesundheit. Einstellungsgespräche scheitern regelmäßig am nicht vorhandenen festen Wohnsitz, und so drohen immer mehr Menschen aus dem System zu fallen.